



Verwaltungsgemeinschaft
Freie Stadt Danzig

**Senatspräsident
Beowulf von Prince**
Schweizer Str. 38
AT-6830 Rankweil
prince.beowulf@outlook.de
www.verfassung.info

, den 23.08.2022

Beowulf von Prince, Schweizer Str. 38, AT-6830 Rankweil

An das
World Economic Forum
z.Hd. Herrn Klaus Schwab
91-93 route de la Capite
CH-1223 Coligny/Geneva
Switzerland

offener Brief

Sehr geehrter Herr Klaus Schwab,

wer sind Sie? Sie haben das World Economic Forum (WEF) geschaffen. Dem WEF sollen mittlerweile 1'000 Unternehmen angehören, die einen Umsatz von mindestens 5'000'000'000,-€ Umsatz haben, sowie zahlreiche internationale Mitglieder, darunter Herr Feike Sijbesma und Herr Rutte. Zur Identität im internationalen Rechtsverkehr gehört die Bezeichnung der Staatsangehörigkeit.

Die Frage, welche deutsche Staatsangehörigkeit Sie haben, stellt sich, weil das deutsche Bundesland Bayern wieder eine nationalsozialistische Diktatur ist und der abschliessende Vertrag über Deutschland aus dem Jahre 1990, 2 (BRD und DDR) + 4 (Mächte) Vertrag bis heute nicht verwirklicht ist.

Der Zweite Weltkrieg begann am 01.09.1939 mit dem Überfall auf die Freie Stadt Danzig. Die Freie Stadt Danzig wurde als Raum der Freiheit, des Rechts und der Sicherheit gegründet. Die Freie Stadt Danzig wurde unter den Schutz des Völkerbundes gestellt und die Verfassung der Freien Stadt Danzig ist ein Vertrag zwischen Bürgern Danzigs mit der Völkergemeinschaft. Es konnte jeder visafrei einreisen. Ca. 620'000 Bürger jüdischen Glaubens nutzten Danzig zur Flucht. Die Danziger waren das einzige Bollwerk gegen die Nazis in Europa. Der Zweite Weltkrieg wurde als Krieg gegen die Menschheit begonnen und ist erst beendet, wenn die Freie Stadt Danzig Reparationen erhalten hat.

Frau Karin Leffer und ich reichten Klage in Washington D. C. ein, einsehbar unter Pacer, Az. 1:19-cv-03529-CJN und unter www.verfassung.info mit der Behauptung, dass die USA zuständig sind, dass die Rechtsstaatlichkeit wieder hergestellt und der 2 + 4 Vertrag verwirklicht wird. Wahrheitsgemäss schreibe ich, dass die BRD immer souverän war und ist, solange es die Staatsangehörigen der Freien Stadt Danzig gibt.

Die BRD ist als Rechtsnachfolger der Freien Stadt Danzig konzipiert. Völkerrechtlich ist diese Rechtsnachfolge abgeschlossen, wenn eine Verfassung für die BRD verkündet wird, der die Danziger zugestimmt haben. Herr Richter Nichols in Washington D. C. entschied, dass die Danziger zuständig sind.

Ausgelöst durch diese Klage sehe ich mir erstmals das Staatsangehörigkeitsgesetz, Ausfertigungsdatum 22. Juli 1913 an. Mein Vater hatte vom ersten Gesetz zur Regelung der Staatsangehörigkeit vom 22. Feb. 1955 Gebrauch gemacht und diese Staatsangehörigkeit ausdrücklich ausgeschlagen. Die Regierung von Unterfranken bestätigt, dass er als Danziger „Deutscher im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG“ ist. Ich finde die Einfügung von § 40a im Jahr 1999. Da macht man mich, als „Besitzer der deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne von Art.

116 Abs. 1 GG“, doch glatt zum Staatsangehörigen des Deutschen Reiches. Ich teile im Oktober 2020 mit, dass ohne meine ausdrückliche Zustimmung § 40a nichtig ist und fordere Schadensersatz und die Verfügungsgewalt über die 6'000'000'000'000,-€ Aussenhandelsüberschüsse. Im Juli 2021 wurde durch eine Änderung des Einigungsvertrages zwischen der BRD und der DDR bestätigt, dass der 2 + 4 Vertrag nicht erfüllt ist. § 40a wurde sang- und klanglos gestrichen und Herr Olaf Scholz verspricht die Mindestlöhne statt wie bisher nur um 2% gleich um 20% zu erhöhen, damit die Handelsüberschüsse abgebaut werden. Dieses „Geschenk“ haben die „Deutschen“ mir zu verdanken.

Ich habe mit Frau Karin Leffer im Jahr 2006 den Bund für das Recht gegründet, um deutsches Recht einzufordern. Damit deutlich wird, welches deutsche Recht wir fordern, haben wir die Freie Stadt Danzig politisch neu organisiert. Frau Karin Leffer wird deshalb noch immer mit Haftbefehl gesucht.

Im Jahr 2005 wurde das Richter- und Staatsanwaltsgesetz geschaffen und Richter und Staatsanwälte dem Disziplinarrecht für Soldaten unterworfen. In Bayern werden weisungsgebundene Staatsanwälte entgegen § 20a Gerichtsverfassungsgesetz zu Disziplinarvorgesetzten der Richter am gleichen Gericht ernannt. Die Unabhängigkeit der Richter ist vollständig beseitigt. Mit dem ersten Bundesbereinigungsgesetz vom 19. April 2006 wurde das Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozessordnung und der Strafprozessordnung aufgehoben und schliesslich die Beamtengesetze.

Im Jahr 2000 haben die Schweizer ihre Beamten zu Angestellten degradiert. Sie folgen seither nicht mehr den Gesetzen, sondern den Weisungen damit sie nicht entlassen werden.

Wie kann es sein, dass niemand darüber berichtet, dass Bayern wieder eine nationalsozialistische Diktatur ist und der 2 + 4 Vertrag nicht verwirklicht ist? Nur das World Economic Forum hat so viel Einfluss, dass diese nüchternen Tatsachen nicht diskutiert werden. Es stellt sich natürlich die Frage, wer Interesse daran hat, dass Bayern wieder wie im letzten Jahrhundert als Vorreiter eine Diktatur ist und definitiv noch Krieg herrscht.

Am 27. Dez. 2017 schrieb ich den Internationalen Gerichtshof in Den Haag mit Briefkopf und Stempel der Freien Stadt Danzig an und berichtete, dass auch wenn keine Bomben fallen, Krieg geführt wird, genauso brutal wie jeder andere Krieg auch. Ich schilderte die völkerrechtlichen Verträge bis 1990. Die Antwort ist, dass ich daraus noch keine Rechtsfolgen ziehen kann. Aber die Internetseite des Internationalen Gerichtshofes wurde neugestaltet und die Vereinten Nationen in New York veröffentlichten die Unterlagen meines Vaters bezüglich seiner Schadensersatzforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg:

<https://digitallibrary.un.org/record/1656856?ln=en>

Erhalten hat er nur 3% seiner Forderungen. Der Rest wird bei Abschluss eines Friedensvertrages fällig.

Ich habe mein Erbe angetreten. Sie haben Ihr Erbe nicht ausgeschlagen. Auch Sie schulden mir Geld.

Das wird fällig, wenn auch Sie Frieden mit mir schliessen. Wird deshalb der 2 + 4 Vertrag nicht umgesetzt? Aber warum ist Bayern wieder eine nationalsozialistische Diktatur?

Sie haben das WEF angeblich mit dem Motiv gegründet, dass nicht nur die Aktionäre von wirtschaftlichen Erfolgen profitieren, sondern die gesamte Gesellschaft. Aber das Einkommen der Armen wird im Verhältnis immer kleiner und das Vermögen der Superreichen wächst immer schneller.

2015 schliesst das WEF als Schweizer Stiftung, einen Vertrag mit der Schweizer Eidgenossenschaft. Wie kann das sein? Schliesst ein Staat einen Vertrag mit einer anderen juristischen Person, dann kommt das der Anerkennung als Staat gleich. Welches Gericht ist zuständig, wenn ein Vertragspartner den Vertrag verletzt? Verletzt das WEF den Vertrag, dann sind ja keine Schweizer Gerichte zuständig, weil die ja für die Schweizer entscheiden.

2019 schliesst das WEF einen Vertrag mit den Vereinten Nationen. Welches Gericht ist zuständig, wenn das WEF den Vertrag verletzt? Merkwürdig, dass Sie erst im Jahre 2019 die Schweizer Staatsangehörigkeit beantragen. Aber dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sie sind also Staatsangehöriger des Staatsangehörigkeitsgesetzes, Ausfertigungsdatum 22. Juli 1913. Das letzte Landesrecht ist das nationalsozialistische Willkürrecht zum Zeitpunkt 08. Mai 1945. Deshalb haben Sie keine Rechte.

Das WEF setzt sich aus strategischen Partnern, wie zum Beispiel dem niederländischen Konzern, der Koninklijken DSM N. V. und Mitgliedern zusammen. Finanziert wird das WEF von seinen strategischen Partnern und Mitgliedern. Aber diese „Partner“ sind damit Teilhaber des WEF und gehören dem WEF an.

Herr Feike Sijbesma hat seine Karriere von der unselbständigen Tochter der DSM Nutritional Products AG im Schweizer Kaiseraugst begonnen, wurde dann CEO der Koninklijken DSM N. V. und ist jetzt Member of the Board of Trustee des WEF und Mitglied des Aufsichtsrates bei der Weltbank. Unter seiner Verantwortung hat der DSM Konzern Partei zugunsten der Staatsangehörigen des Deutschen Reiches, also Ihnen ergriffen, zu meinen Lasten. Der DSM Konzern hat Verbrechen, wie Freiheitsberaubung, räuberische Erpressung, Körperverletzung usw. begangen - siehe unter Gericht in Washington D. C., Az. 1:20-v-03020-CJN.

Offensichtlich sieht sich das Management der DSM als immun gegen Strafverfolgungen an. Die ganze Schweiz tanzt nach der Pfeife des DSM Konzerns. Das ist sicher nur möglich, weil dieser Konzern dem WEF angehört.

Welche Staatsanwaltschaft ist zuständig, wenn das WEF einen Vertrag mit den Vereinten Nationen geschlossen hat?

Jede Staatsanwaltschaft, die nicht den Vereinten Nationen angehört.

Das sind vor allem die Staatsanwaltschaften der BRD bzw. der Freien Stadt Danzig und wer den 2 + 4 Vertrag nicht anerkennt und die Freie Stadt Danzig nicht, dann ist es die Staatsanwaltschaft des Deutschen Kaiserreiches oder wer aus den Vereinten Nationen ausgetreten ist bzw. nicht aufgenommen wurde.

In Art. 4 Abs. 2 des Einigungsvertrages aus dem Jahr 1990 wurde festgehalten, dass der Geltungsbereich des GG, Art. 23 GG aufgehoben wird. Ohne Geltungsbereich keine Geltung. Alle Verträge der BRD wurden mit den „Deutschen im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG“ geschlossen. Zum Beispiel das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen den USA und der BRD. Nur „Deutsche im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG“ können Beamte sein. Mit der Einfügung von § 40a wurden die „Beamten“ zu Angestellten degradiert. Spätestens damit sind alle Verträge der BRD keine völkerrechtlichen Verträge mehr. Diese Verträge gelten nicht für die „Besitzer der deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG“ bzw. der Freien Stadt Danzig bzw. des Deutschen Kaiserreiches. Welche dieser drei möglichen Staatsangehörigkeiten ich habe, hängt vom jeweiligen Standpunkt ab. Das Landesrecht, ordre public ist immer das Gleiche. Nur das Staatsvermögen ist unterschiedlich.

Auch der Vertrag zwischen dem WEF und der UNO ist für mich nicht bindend, genauso wenig wie für jeden anderen Staat, der kein UNO Mitglied ist.

Die Staatsangehörigen der Staaten der UNO müssen entscheiden, ob sie weiterhin mit Steuern ihre Regierungen finanzieren, die schwerste Verbrechen nicht verfolgen, weil sie Verbrechern Immunität zugesichert haben oder ihre Regierung nicht mehr finanzieren.

Das Problem lässt sich ganz einfach lösen. Es ist logisch und deshalb zwingend, dass bei internationalen Rechtsverhältnissen Schiedsgerichtsverfahren durchzuführen sind. Das Schweizer Internationale Privatrechtsgesetz regelt so ein Verfahren im 12. Kapitel. Es hat nur 18 Artikel, in denen nur steht, dass nichts vereinbart sein muss. Aber es ist auch klar geregelt, dass sich kein Staat einem Schiedsgerichtsverfahren unter Berufung auf sein eigenes Recht entziehen kann. Das heisst, es kann kein Staat verlangen vor seinem eigenen staatlichen Gericht zu verhandeln. Die Bürger bezahlen nur noch Beamte und Richter, die den Vorrang von Schiedsgerichten vor staatlichen Gerichten anerkennen. Dazu ist ohnehin jeder verpflichtet, der hoheitliche Gewalt beansprucht. Jeder, der es ablehnt, zu bestätigen, dass er den Vorrang von Schiedsurteilen vor staatlichen Gerichten ablehnt, handelt nicht hoheitlich, sondern als Straftäter.

Sie haben als Staatsangehöriger des nationalsozialistischen Deutschen Reiches keine Rechte, keine Parteifähigkeit. Wenn Sie wieder Rechte haben wollen, dann müssen Sie ausdrücklich die Staatsangehörigkeit des nationalsozialistischen Deutschen Reiches

ausschlagen. Dann können wir über Ihre Beteiligung an meinen Schadensersatzforderungen verhandeln und notfalls vor einem Schiedsgericht klären lassen.

Das WEF ist immer noch eine Schweizer Stiftung und damit eine Schweizer juristische Person. Die Schweiz hat mir gegenüber gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts verstossen und verstösst gegenüber Frau Karin Leffer noch immer dagegen. Bei einem Verstoss gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts entsteht eine gesamtschuldnerische und solidarische Haftung. Das WEF schuldet mir Geld.

Sie und jeder Schweizer haben das dem strategischen Partner des WEF, der Koninklijken DSM N. V. bzw. Herrn Feike Sijbesma zu verdanken.

Sie müssen sich gegenüber der ganzen Welt äussern, wem Sie Geld schulden, damit jeder weiss, welche wahren Interessen Sie verfolgen. Wollen Sie sich rechtswidrig Ihren Schulden entziehen? Wie glaubwürdig sind Sie dann? Wie glaubwürdig das WEF?

Sie müssen erklären, wann Sie endlich den Krieg, den auch Ihr Vater gegen meinen Vater begonnen hat, beenden wollen.

Die Staaten der Vereinten Nationen und vor allem die Bürger der Vereinten Nationen haben ein Recht darauf zu erfahren, ob die Vereinten Nationen einen Vertrag mit dem Leiter einer Organisation geschlossen haben, der nicht bereit ist den Weltkrieg zu beenden.

Die Schweizer haben es abgelehnt, dass Sie Schweizer werden. Ich biete Ihnen eine Staatsangehörigkeit an, in der die Rechte des Einzelnen gegenüber einer grossen Mehrheit garantiert sind.

Es ist Ihre freie Entscheidung, die Ihnen niemand abnehmen kann, ob Sie diese Staatsangehörigkeit wollen.

Es ist Ihre persönliche Entscheidung, ob Sie Frieden schliessen oder den Weltkrieg fortsetzen. Die Schweizer haben ein Recht darauf zu erfahren, ob der Gründer und Leiter einer Schweizer Stiftung, diese nutzt um den Krieg fortzuführen und sich dazu des strategischen Partners der Koninklijken DSM N. V. bedient und damit alle Schweizer in Haftung nimmt.

Die Staaten der Vereinten Nationen und deren Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, ob die Organisation der Vereinten Nationen einen Vertrag mit jemanden geschlossen hat, der erklärter Gegner der Charta der Vereinten Nationen ist.

Ich und wohl die ganze Welt erwarten eine Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen